Atomwaffen sind bündnisfeindlich

Autor(en): **Brunner, D.**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Der Fourier : offizielles Organ des Schweizerischen Fourier-Verbandes und des Verbandes Schweizerischer Fouriergehilfen**

Band (Jahr): **38 (1965)**

Heft 2

PDF erstellt am: **14.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-517691

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Atomwaffen sind bündnisfeindlich

In neuerer Zeit ist die Meinung aufgekommen, die in den letzten Jahren eingetretene Verlagerung des Schwerpunktes der West-Ost-Auseinandersetzung vom europäischen Schauplatz weg in die in Gärung befindlichen Entwicklungsländer bedeute militärisch, dass die Situation in diesem Abschnitt entschärft sei und der Gefahrenherd Mitteleuropa unter dem Gesichtspunkt der Wahrscheinlichkeit eines Zusammenpralls der Grossmächte hinter anderen Krisengebieten zurücktrete. Diese beruhigende Lagebeurteilung erklärt sich aus der Überzeugung, die auf ein furchteinflössendes Arsenal von Kernsprengkörpern sowie von bemannten und unbemannten Trägersystemen abgestützte amerikanische Abschreckungsmacht setze das Risiko eines bolschewistischen Überfalls auf Westeuropa auf ein erträgliches Minimum herab. Ganz abgesehen — so wird argumentiert — von der ermutigenden inneren Entwicklung Sowjetrusslands, von der Absorbierung seiner Führung durch den Konflikt mit Peking und die Emanzipierungsbestrebungen gewisser europäischer Satelliten, sei das amerikanische Engagement in Europa und die durch die Integrierung von Atomwaffen auch in die kleinsten Verbände angestrebte lückenlose Abschreckung geeignet, die Sowjets von jedem militärischen Vorstoss über die Elbe abzuhalten.

Es kann nicht erstaunen, dass Bemühungen wie die des französischen Staatschefs, eine nationale Abschreckungswaffe zu schmieden, angesichts so optimistischer Deutungen kaum auf Verständnis zählen können, dass sie vielmehr weitherum besorgtes Kopfschütteln hervorrufen. Viele Betrachter übersehen eben die tiefere Problematik der europäischen Sicherheit, die bislang — und wohl noch auf einige Zeit hinaus — in erster Linie von der amerikanischen Garantie abhängig war, einer Garantie, in die zu vertrauen angesichts des störungsempfindlichen Kräftegleichgewichts zwischen den beiden Grossen nicht immer leicht fällt.

Verschiedene europäische Militärs und Politiker vertreten die Auffassung, der Einsatz schwerer nuklearer Waffen sei vernünftigerweise überhaupt nur dann zu erwarten, wenn die Nation, die über solche Waffen verfügt, selbst zum Opfer eines nuklearen Angriffes oder sonstwie in ihren lebenswichtigen Interessen betroffen werde. Einer der gescheitesten französischen Theoretiker auf diesem Gebiet, General Gallois, hat diesen Aspekt der Kernwaffe in die eindringliche Formel gefasst: «Die nukleare Strategie hat den Begriff der militärischen Allianz abgeschafft.» Wenn schon kaum glaubhaft ist, dass eine Regierung beim Versuch, ihre höchsten Interessen zu wahren, die atomare Verwüstung riskieren wird, kann man sich schlecht vorstellen, wie sie dasselbe Risiko um eines andern Landes willen, selbst wenn es sich dabei um einen Verbündeten handelt, auf sich zu nehmen bereit sein könnte. Wer im voratomaren Zeitalter ein Bündnis abschloss, musste schlimmstenfalls mit dem Verlust eines Teils seiner Streitmittel und -kräfte rechnen, nicht jedoch mit der Einäscherung seines Heimatgebiets. Ein «massvoller» Nuklearangriff gegen die USA indessen könnte deren Bevölkerung auf die Hälfte reduzieren, 75 % der Wohnstätten in Trümmer legen und 90 % des wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Potentials vernichten.

Aus diesen Gründen besteht heute ein eklatantes Missverhältnis zwischen dem Interesse, das man daran haben kann, eingegangenen Bündnisverpflichtungen nachzukommen, und den tödlichen Risiken, welche die Erfüllung solcher Vertragspflichten heraufbeschwört. Das ist der Sachverhalt, auf den sich die Verfechter der unabhängigen Abschreckungsstreitmacht zur Legitimierung ihres Unternehmens berufen. Das ist zugleich der tiefere Grund für die derzeitigen Schwierigkeiten der atlantischen Allianz.

Dies scheint uns unter anderem ein Zeichen dafür, dass der neutrale Kleinstaat weniger denn je mit dem Gedanken liebäugeln darf, seine Neutralität aufzugeben und sich einem Mächteblock anzuschliessen. Er muss vielmehr nach Mitteln und Wegen suchen, auch der atomaren Bedrohung soweit irgend möglich eine wirksame, eigenständige Abwehr entgegenzustellen. D. B.